



20.000 Unterschriften für den Erhalt der sonderpädagogischen Förderung

In einem Zeitraum von nur 3 Wochen haben landesweit über 20 000 Kolleginnen und Kollegen sowie Eltern mit ihrer Unterschrift gegen den neuen Fördererlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder protestiert.

Das ist ein deutliches Signal der Empörung und Überforderung aus den Schulen. Diese Bedenken müssen auch im MSJK ernst genommen werden.

Die GEW hat eine erste Reaktion des Ministeriums erreicht.

In einem längeren Gespräch mit der GEW wurde von VertreterInnen des Ministerium u.a. erklärt:

- Die gesetzlichen Regelungen zum VO-SF sind weiterhin gültig.
- Durch den Erlass soll an die Grundschulen nur „appelliert“ werden, noch stärker vor der Einleitung eines Verfahrens nach VO-SF zu fördern. Ein vollständiger Stopp aller Verfahren für Lernanfänger in den Bereichen E, LB und SB ist nicht beabsichtigt.
- Die Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf muss aus finanziellen Gründen reduziert werden.
- Es wird ein „weiches Quotencontrolling“ eingeführt.

Die Forderungen der GEW an die Landesregierung bleiben:

- Sofortige Rücknahme des Erlasses vom 29.01.2004!
- Keine Überforderung der allgemeinen Schulen durch zusätzliche Fördermaßnahmen ohne zusätzliche Ressourcen!
- Sicherung des Gemeinsamen Unterrichts auch in der Klasse 1!
- Erhalt der sonderpädagogischen Förderung orientiert am Bedarf der Kinder und Jugendlichen und keine Quotierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs!
- Keine Aushöhlung der sonderpädagogischen Förderung in den Primarstufen der Sonderschulen!
- Erhalt des Elternrechts auf Beantragung der sonderpädagogischen Förderung!

Die GEW bedankt sich bei allen, die mit ihrer Unterschrift unsere Aktion unterstützt haben.

Unser Protest geht weiter, denn ohne zusätzliche Ressourcen und qualifizierte sonderpädagogische Unterstützung ist eine verstärkte Förderung in den allgemeinen Schulen nicht zu leisten.